

Rechnungshof-Streit

Rocco Werner: Behördenchef absetzen

Döbeln. In der Region Döbeln wächst der Ärger um den andauernden Widerstand des Landesrechnungshofs gegen den vorgesehenen Umzug von Leipzig nach Döbeln. Wie gestern berichtet, hat die Behörde Verfassungsbeschwerde gegen den im Januar vom Landtag beschlossenen Standortwechsel eingelegt.

Döbelns Vize-Bürgermeister Rocco Werner (FDP) fordert indirekt sogar die Absetzung des Behördenchefs Karl-Heinz Binus: "Man sollte schon darüber nachdenken, ob da die richtige Person an der richtigen Stelle sitzt." Die fachliche Eignung könne er nicht beurteilen - und er wolle auch nicht die Unabhängigkeit der Behörde in Frage stellen, so Werner. Es könne aber nicht angehen, dass eigene Leute gegen eine strukturpolitische Entscheidung des Sächsischen Landtages klagen. Sollte die Beschwerde Erfolg haben, "verliere ich den Glauben an unser deutsches Recht". Dann müsse die Behörde halt weiter in teuer angemieteten Räumen residieren - anstatt in landeseigenen Immobilien. Der Rechnungshof ist derzeit Mieter im Paunsdorf-Center am Leipziger Stadtrand.

Auch Thomas Pfeifer, Dezernent bei der Stadt Döbeln, hofft, dass die Klage abgewiesen wird. "Für Döbeln wäre das sonst fatal. Der Freistaat müsste sein gesamtes Behördenkonzept überdenken."

Der Döbelner Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser (CDU) zeigt sich verärgert. Der Plan zum Umzug war auch seine Idee. "Ich stelle schon in Frage, was Herr Binus da im Alleingang macht. Der Landtag hat den Standort beschlossen, da hat sich auch er dran zu halten." Bei erfolgreicher Klage muss das Standort-Paket wieder aufgeschnürt werden, sagt Liebhauser. "Sonst wäre Döbeln der große Verlierer", meint der Abgeordnete mit Blick auf den Wegzug von Straßenbau-, Landwirtschafts- und Finanzamt aus Döbeln.

Eine erfolgreiche Verfassungsbeschwerde wäre ein Rückschlag für die ganze Region, meint der Döbelner Landtagsabgeordnete Henning Homann (SPD). "Die gesamte Reform gehört dann auf den Prüfstand."

Für Stefan Rix, den Vizepräsidenten des sächsischen Rechnungshofes, ist die Klage ein "ganz normaler Vorgang". Der Rechnungshof wehre sich, weil er seine verfassungsmäßigen Rechte, insbesondere seine Unabhängigkeit, verletzt sehe, sagt der 48-Jährige. "Zudem hat der Landtag die Argumente des Landesrechnungshofes im Gesetzgebungsverfahren nicht hinreichend genug geprüft und abgewogen", begründet der Vizepräsident weiter das gerichtliche Vorgehen der Behörde. Er verstehe die ganze Aufregung um die Klage nicht, "denn es ist völlig normal, in einem Rechtsstaat die vorhandenen Klagerechte zu nutzen und Dinge gerichtlich überprüfen zu lassen". Es gebe ja auch aus den Reihen des Landtages Klagen beim Verfassungsgericht. "Wir haben Zweifel und bitten daher das Verfassungsgericht zu überprüfen, ob unsere verfassungsmäßigen Rechte verletzt wurden", sagt Rix. Behördenchef Binus ist zurzeit im Urlaub.

Die FDP im Landtag reagiert mit scharfer Kritik. "Mir fehlt jedes Verständnis, dass der

Rechnungshof glaubt, eine Verlegung seines Sitzes um rund 70 Kilometer verletze seine verfassungsrechtliche Stellung", erklärt der Abgeordnete Carsten Biesok.

Dagegen begrüßt Linken-Fraktionschef Rico Gebhardt die Klage. Der Rechnungshof sei so wichtig, dass er nur in Leipzig, Dresden oder Chemnitz angesiedelt sein könne. Seine Verlegung sei eine der unsinnigsten Maßnahmen in dem "Behördenroulette". Björn Meine/Anita Kecke